Johannes Schraps.

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 17/20

2. November 2020

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

die Sitzungswoche hat für uns alle mit der schockierenden Nachricht vom plötzlichen Tod unseres Genossen, Kollegen und Freundes **Thomas Oppermann** begonnen. Mit nur 66 Jahren wurde er völlig unerwartet mitten aus dem Leben gerissen. Dieser Verlust ist schwer in Worten zu fassen. Er hinterlässt eine große Lücke in unseren Reihen.

Das **COVID** Infektionsgeschehen entwickelt sich in Deutschland leider wieder dynamisch. Das Robert-Koch-Institut meldete zum Ende der Woche über 16.000 Neuinfektionen täglich - mit steiler Kurve nach oben. Zwar ist unser Gesundheitssystem besser gerüstet als noch im März, aber auch die inzwischen erweiterten Kapazitätsgrenzen sind irgendwann erschöpft Das dürfen wir nicht riskieren. Wenn Infektionsketten dauerhaft nicht mehr nachverfolgt werden können, dann droht die Situation außer Kontrolle zu geraten. Denn so kann sich die Pandemie in noch größerer Geschwindigkeit in unserem Land ausbreiten. Wenn wir jetzt nicht handeln, dann werden die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kosten am Ende viel höher sein. Um die aktuelle Infektionsdynamik zu durchbrechen, hat sich die Bundesregierung mit den Regierungschefinnen und -chefs der Länder auf ein Gesamtpaket verständigt. Ziel der Maßnahmen ist es, für das gesamte Bundesgebiet soziale und persönliche Kontakte für eine befristete Dauer massiv einzuschränken. Schulen und Kitas bleiben geöffnet. Wir haben gemeinsam in der Hand, dass es so bleibt. Auch das Wirtschafts- und Berufsleben soll weiterlaufen. Damit wir die für das Infektionsgeschehen entscheidenden direkten persönlichen Kontakte im erforderlichen Maß reduzieren, besteht bei bestimmten Branchen jedoch die Notwendigkeit temporärer Schließungen. Uns ist klar, dass diese Bereiche wie Kultur, Veranstaltungen, Sport oder Gastronomie ein wichtiger Teil des gesellschaftlichen Lebens und auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor sind. Olaf Scholz hat deshalb gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsminister eine weitere Wirtschaftshilfe für Unternehmen, Selbstständige, Vereine und Einrichtungen, die von temporären Schließungen erfasst sind, beschlossen. Alles weitere zu den Hilfen findet ihr auf Seite 6.

Am Sonntag gab es endlich die **Tarifeinigung im Öffentlichen Dienst.** Der neue Tarifvertrag ist ein starkes Signal: Die Pflegekräfte und die Beschäftigten in den Krankenhäusern, die dieses Land durch die Krise tragen, bekommen nun auch deutliche Anerkennung bei der Bezahlung. Denn sie sind in der Tat systemrelevant – vor allem während einer Pandemie, wie wir sie derzeit erleben, aber auch darüber hinaus.

Persönlich hatte ich am vorletzten Wochenende leider ziemliches Pech und habe mir beim Fußballspielen die Achillessehne im rechten Bein gerissen. Eine sehr unangenehme **Verletzung**, die dazu geführt hat, dass ich in der vergangenen Woche ein paar Plenartage verpassen musste.

Bleibt gesund und viel Spaß beim Lesen!
Mit herzlichen Grüßen

Johannes Schraps

Euer Johannes

Inhaltsverzeichnis

Seite 2 — Zum Tod von Thomas Oppermann
Seite 3 — Im Hamelner Bahnhof entsteht Zedita
— Besuch bei AHO.bio in Flegessen
Seite 4 — Besuch im Familienzentrum Uslar
— Besuch der Allerheimer Brauerei
Seite 5 — COVID-Wirtschaftshilfen
Seite 6 — Themenüberblick Bundestag
Seite 7 — Persönliche Mitteilung
Seite 8 — Fraktion-vor-Ort Veranstaltung in Jena

Ihr findet mich auch bei :

ZUM TOD VON THOMAS OPPERMANN

Die Nachricht über den sehr plötzlichen Tod von Thomas Oppermann hat mich fassungslos und tieftraurig gemacht. Als niedersächsische Kollegen, als Wahlkreisnachbarn, als Genossen hatten wir einen engen Draht. Er hat seine große Erfahrung immer gerne und ohne jegliche Vorbehalte an uns jüngere Kolleginnen und Kollegen weitergegeben, stand bei jeglichen Fragen immer zur Verfügung und hat auch mich damit bei meiner politischen Arbeit sehr unterstützt. Man konnte sich mit Thomas sehr ernsthaft und mit viel Verstand auseinandersetzen und man konnte herzlich mit ihm Lachen - ob beim Fußball beim FC Bundestag oder zwischen den Sitzungen. Seine Leidenschaft für Politik war immer spürbar. Zuletzt als Bundestags-Vizepräsident, aber auch in der SPD und in vielen gesellschaftlichen Bereichen hat Thomas über viele Jahre große Verantwortung für unser Allgemeinwesen übernommen. Thomas setzte sich sein Leben lang für die Freiheit und Demokratie ein. Auch als Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und als Vizepräsident des Bundestages hat er die Werte unserer Demokratie stets verteidigt. Als die AfD in den Bundestag einzog, hat er gemahnt: Im Parlament sei scharfe inhaltliche Kritik erlaubt, nicht aber die Verachtung parlamentarischer Arbeit. Diese Worte behalten auch in Zukunft ihre Gültigkeit. Viel zu früh ist Thomas Sonntag Abend im Alter von nur 66 Jahren gestorben. Wir verlieren mit ihm einen leidenschaftlichen Sozialdemokraten und guten Freund. Meine Gedanken sind bei seiner Familie.

IM HAMELNER BAHNHOF ENTSTEHT EIN ZEDITA-COWORKING SPACE

Der Kaisersaal im Hamelner Bahnhof erstrahlt in neuem Glanz. Vor gut einem Jahr war ich bereits mit Dirk Adomat hier, da sah es hier noch wie in einer seit Jahren verlassenen Disco aus. Die Hochschule Weserbergland wird hier im Rahmen des Zedita-Projekts an zentraler Stelle einen Ort der Begegnung etablieren. Der Landkreis Hameln-Pyrmont, die Stadt Hameln und einige heimische Unternehmen unterstützen das Projekt. So entsteht ein Ort für Projektarbeiten, Learning und Innovationen, ein Co-Working Space in ganz besonderer Lage. Gemeinsam mit meinem Landtagskollegen Uli Watermann habe ich mir den aktuellen Stand der Umbauarbeiten angeschaut. Hochschul-Präsident Prof. Dr. Hans Ludwig Meyer und Projektleiter Sebastian Reh stellten uns die Projektplanungen noch einmal detailliert vor. Abhängig von den Entwicklung in Zusammenhang mit dem Corona-Virus könnte die Eröffnung im April 2021 stattfinden.

Ich bin sehr gespannt und freue mich auf die Ergebnisse!

BESUCH BEI AHO.BIO IN FLEGESSEN

Unser lokales Superfood ist seit einigen Tagen in aller Munde. Vor einigen Tagen noch waren Jannis Birth und Alexander Wies in der VOX-TV-Sendung „Die Höhle der Löwen“ zu sehen, nun war ich gemeinsam mit meinem Landtagskollegen Uli Watermann und mit Ortsbürgermeister Detlef Olejniczak in Flegessen beim Startup AHO.bio zu Besuch. Das noch junge Unternehmen stellt unter anderem Cracker aus Urdinkel her, die bio und vegan sind. Was mir ganz besonders gefällt ist, dass das Unternehmen pro verkaufter Packung Cracker einen Baum pflanzt. Zum Zeitpunkt unseres Besuchs waren bereits fast 40.000 Tüten verkauft und somit bald ein ganzer Wald gepflanzt. Ein junges Unternehmen im ländlichen Raum das Arbeitsplätze schafft und dabei auf unsere Umwelt achtet. Und ich finde - anders als die Investoren aus der „Höhle der Löwen“ - dass die Cracker ganz hervorragend schmecken.

WAHLKAMPF-BESUCH IM FAMILIENZENTRUM IN USLAR

Ich bin in den vergangenen Wochen viel in Uslar unterwegs gewesen. Gemeinsam mit den Genossinnen und Genossen habe ich Sven Borchert im Bürgermeisterwahlkampf unterstützt. Trotz des engagierten Einsatzes vieler Helferinnen und Helfer, hat es leider nicht für den Wahlsieg gereicht. Ich möchte mich an dieser Stelle aber ganz herzlich bei Sven und den Genossinnen und Genossen für ihr großartiges und tolles Engagement bedanken. Unter anderem haben wir das Familienzentrum in Uslar besucht. Im Rahmen des „Miteinander - Füreinander"-Programms zur Stärkung von Mehrgenerationenhäusern haben wir im Bundestag einen um 10.000 Euro erhöhten Bundeszuschuss in Höhe von 40.000 Euro pro Jahr beschlossen, der auch in Uslar ankommt. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend von Franziska Giffey ermöglicht den vielen Mehrgenerationenhäusern zudem mit einer nun achtjährigen Programmlaufzeit deutlich mehr Planungssicherheit für ihr großartiges Engagement vor Ort. Eine verlässliche Basis, um die Kommunen bei der Bewältigung von Herausforderungen des demografischen Wandels zu unterstützen und zu guten Entwicklungschancen und fairer Teilhabe auch im ländlichen Raum beizutragen. Gemeinsam mit Hanna Antoniades und Marlon Weifenbach von der SPD Uslar konnten wir uns beim Besuch vor Ort davon überzeugen, welch ungemein wertvolle Stütze und Anlaufstelle für Fragen und Sorgen aller Art das Familienzentrum in Uslar für viele Menschen ist. Vielen Dank an das Team mit vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die auch unter Corona-Bedingungen viele Angebote aufrecht erhalten. Ihr leistet tolle Arbeit!

BESUCH DER ALLESHEIMER BRAUEREI

Die Getränkebranche ist massiv von der Corona-Situation betroffen. Deshalb habe ich nun die Brauerei Allersheim besucht, um mich vor Ort zu informieren. Im Rahmen von verschiedensten Veranstaltungen war ich bereits auf dem Brauerei-Gelände zu Gast. Nun war endlich einmal Zeit, sich genauer mit dieser regional verankerten Brauerei zu beschäftigen. Geschäftsführer Dirk Brüninghaus hat mir einem sehr offenen Gespräch die Brauerei vorgestellt sowie die aktuellen Herausforderungen geschildert. Natürlich schlagen sich die zahlreichen Ausfälle von Großveranstaltungen und die Einschränkungen in der Gastronomie auch im Bierabsatz wieder. In der aktuellen Situation sind insbesondere Brauereien mit einem regionalen Einzugsgebiet auf gute Absätze in der Region angewiesen. Mit berechtigtem Stolz konnte Dirk Brüninghaus berichten, dass in diesem Jahr gleich zwei Biere aus dem Sortiment der Brauerei von der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft mit dem DEG-Gold-Siegel ausgezeichnet worden sind: das klassische Pils sowie das Hefe-Weißbier. Bei der Besichtigung der Abfüllanlagen

wurde klar dass das Brauen von Bier ein sehr aufwändiger Prozess ist. Ich bedanke mich für diesen sehr guten Einblick.

AUSSERORDENTLICHE CORONA-WIRTSCHAFTSHILFE DES BUNDES

Da das Infektionsgeschehen erneut außer Kontrolle zu geraten droht, sind weitere Beschränkungen erforderlich, um die Zahl persönlicher Kontakte zu verringern. In bestimmten Branchen wird es auch temporäre Schließungen geben. Es wird daher kurzfristig eine zielgerichtete außerordentliche Wirtschaftshilfe bereitgestellt, die über die bestehenden Unterstützungsprogramme deutlich hinausgeht. Diese außerordentliche Wirtschaftshilfe des Bundes richtet sich an Unternehmen, Betriebe, Selbstständige und Einrichtungen, die von den temporären Schließungen erfasst sind. Gleichzeitig arbeitet die Bundesregierung an Unterstützungsmaßnahmen für Betriebe, die indirekt, aber in vergleichbarer Weise durch die Anordnungen betroffenen sind. Diese werden sehr zeitnah geklärt. Die Wirtschaftshilfe wird als einmalige Kostenpauschale ausbezahlt. Den Betroffenen soll einfach und unbürokratisch geholfen werden. Dabei geht es insbesondere um die Fixkosten, die trotz der temporären Schließung anfallen. Um das Verfahren so einfach wie möglich zu halten, werden diese Kosten über den Umsatz angenähert. Bezugspunkt ist daher der durchschnittliche wöchentliche Umsatz im November 2019. Soloselbständige haben ein Wahlrecht: Sie können als Bezugsrahmen für den Umsatz auch den durchschnittlichen Vorjahresumsatz zugrunde legen. Der Erstattungsbetrag beträgt 75 Prozent des entsprechenden Umsatzes für Unternehmen mit bis zu 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Um nicht in eine detaillierte und sehr komplexe Kostenrechnung einsteigen zu müssen, werden die Fixkosten also pauschaliert. Dabei gibt das Beihilferecht der Europäischen Union bestimmte Grenzen vor. Daher werden die entsprechenden Prozentsätze für größere Unternehmen nach Maßgabe der Obergrenzen der einschlägigen beihilferechtlichen Vorgaben der EU ermittelt. Die Finanzhilfen werden ein Finanzvolumen von insgesamt bis zu 10 Milliarden Euro haben. Die gewährte außerordentliche Wirtschaftshilfe wird mit bereits erhaltenen staatlichen Leistungen für den Zeitraum, wie zum Beispiel Kurzarbeitergeld oder Überbrückungshilfe, oder mit eventuell späteren Leistungen aus der Überbrückungshilfe verrechnet. Ein Beispiel: Eine Gaststätte hatte im November 2019 Umsätze in Höhe von 100.000 Euro und muss nun im November 2020 schließen. Der Erstattungsbetrag liegt also bei rund 75.000 Euro (75 Prozent des Umsatzes), abzüglich sonstiger Hilfen. Wenn die Beschäftigten während der Zeit der Schließung in Kurzarbeit sind und das Unternehmen durch das Kurzarbeitergeld in Höhe von 25.000 Euro für den Monat unterstützt wird, würde dieser Betrag verrechnet und es würden dementsprechend 50.000 Euro außerordentliche Wirtschaftshilfe ausbezahlt. Wir wollen, dass die Leistungen schnell ausgezahlt werden können. Deshalb soll die Auszahlung durch die Ländern nach einem vereinfachten Antrag über die Plattform der Überbrückungshilfe (www.ueberbrueckungshilfe-unternehmen.de) erfolgen. Da die technische Umsetzung der Einzelheiten einige Zeit in Anspruch nehmen wird, wird die Gewährung von Abschlagszahlungen geprüft. Wir werden auch die übrigen Corona-Hilfen für die hauptbetroffenen Wirtschaftsbereiche verlängern und die Konditionen verbessern. Denn es ist zu erwarten, dass einige Wirtschaftsbereiche auch in den kommenden Monaten erhebliche Einschränkungen ihres Geschäftsbetriebes hinnehmen müssen. Dies betrifft zum Beispiel den Bereich der Kultur- und Veranstaltungswirtschaft und die Soloselbstständigen. Dazu wird das bestehende Instrument der Überbrückungshilfe weiterentwickelt. Außerdem wird der KfW-Schnellkredit künftig auch für Unternehmen mit bis zu zehn Beschäftigten geöffnet. Die maximale Kredithöhe beträgt 300.000 Euro, anhängig vom im Jahre 2019 erzielten Umsatz.

Faires Wettbewerbsrecht im digitalen Markt

Die zunehmende Digitalisierung der Wirtschaft stellt das Wettbewerbsrecht vor Herausforderungen. Insbesondere in der Plattformökonomie vergrößern die Global Player ihre Marktmacht durch gezielte Strategien: Sie erschweren konkurrierenden Anbietern den Zugang zu Kundengruppen und bremsen Innovationsbestrebungen anderer Akteure. Mit dem Regierungsentwurf, der in dieser Woche in erster Lesung beraten wird, sollen deshalb die Spielregeln für marktbeherrschende Plattformen strenger gefasst und zugleich die Chancen für Innovation sowie Markt- und Datenzugang von Wettbewerbern erhöht werden. Hierzu soll die Missbrauchsaufsicht gegenüber marktbeherrschenden Unternehmen geschärft und ein offener Datenmarkt verpflichtend werden. So können die Nutzerinnen und Nutzer leichter auf andere Plattformen, etwa von Neuanbietern, wechseln. Auch soll das Bundeskartellamt gestärkt und Unternehmensfusionen genauer geprüft werden.

Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen bestrafen

Folter, zwangsweises Verschwindenlassen, Vergewaltigung, Angriffe auf zivile Einrichtungen, Chemiewaffeneinsätze und Völkermord: Mit der weltweit steigenden Zahl von kriegerischen Konflikten mehren sich Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das Völkerrecht. Wegen mangelnder Rechtsstaatlichkeit oder durch gezieltes Verschweigen der beteiligten Akteure in den betroffenen Staaten bleibt ein Großteil dieser Verbrechen jedoch straflos. Auch der 2002 eingerichtete Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag konnte trotz einzelner Erfolge die an ihn gesetzten Erwartungen nur teilweise erfüllen. Mit einem Antrag der Regierungsfraktionen, den wir in dieser Woche beraten, sollen der IStGH und das Weltrechtsprinzip gestärkt wer-den.

Für eine robuste Gesundheitsversorgung und Pflege

Die Corona-Pandemie hat uns vor Augen geführt, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheits- und Pflegesystem ist. Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung, der in erster Lesung beraten wird, sollen 20.000 neue Assistenzstellen in der Altenpflege geschaffen werden – vollständig finanziert von der Pflegeversicherung. Das wird das Pflegepersonal in den Heimen entlasten. Pflegebedürftige und Angehörige werden nicht belastet. Auch die Versorgung von Schwangeren wird deutlich verbessert. Von 2021 bis 2023 erhalten Krankenhäuser rund 200 Millionen Euro zusätzlich für mehr Stellen in der Geburtshilfe. Damit die gesetzliche Krankversicherung (GKV) auch in Zukunft finanziell solide auf-gestellt ist und Beiträge weitestgehend stabil gehalten werden, erhält die GKV einen einmaligen zusätzlichen Bundeszuschuss in Höhe von fünf Milliarden Euro im Jahr 2021. Hiermit werden auch die öffentlichen Lasten der Krankenversicherung in der Corona-Pandemie, wie bspw. für Testungen, vollständig ausgeglichen. Zur weiteren Stabilisierung werden zusätzlich acht Milliarden Euro aus den Finanzreserven der Krankenkassen in den Gesundheitsfond überführt.

Stärkung von Vor-Ort-Apotheken

Die Bürgerinnen und Bürger profitieren täglich von der flächendeckenden Arzneimittelversorgung und der qualifizierten Beratung von Apothekerinnen und Apothekern. Damit das so bleibt, wollen wir die Vor-Ort-Apotheken finanziell und im Angebot stärken. Der Regierungsentwurf, der wir in zweiter und dritter Lesung im Plenum beraten wird, führt neue pharmazeutische Dienstleistungen wie Präventionsangebote und Medikationsanalysen für besonders betroffene Menschen ein. Weiterhin bleibt der Versandhandel mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln gestattet. Der Entwurf sorgt für einheitliche Abgabepreise für Arzneimittel, um die Position unserer Vor-Ort-Apotheken gegenüber europäischen Versandapotheken zu stärken.

PERSÖNLICHE MITTEILUNG - ICH HABE MIR BEIM FUSSBALL DIE ACHILLESSEHNE GERISSEN

Auch eine kurze persönliche Nachricht möchte ich noch in diesem Newsletter unterbringen. Es ist verdammt schade, das seit dem Frühjahr so viele - häufig von ehrenamtlich in Vereinen engagierten Menschen organisierte - Veranstaltungen im gesamten Weserbergland ausfallen mussten. Für mich persönlich hatte das den recht schönen Nebeneffekt, dass ich an den Wochenenden wieder etwas mehr Zeit für sportliche Aktivitäten, für Joggen, Wandern oder Mountainbiken in den Höhenzügen des Weserberglands einplanen konnte. Besonders viel Freude hat es mir gemacht, dass ich dadurch zuletzt mal wieder recht regelmäßig in der Alten Herren meines Heimatvereins, des TSV 05 Groß Berkel, hinter den Fußball treten konnte.

Wie das Leben manchmal so spielt, habe ich mir bei einem solchen Fußballspiel am letzten Wochenende jedoch die Achillessehne im rechten Bein gerissen. Eine Verletzung, die man sich wirklich nicht wünscht und die dazu geführt hat, dass ich in dieser Woche zum ersten Mal einige Plenartage im Bundestag verpasst habe. Gesundheit ging in diesem Fall mal vor.

Die Operation am Mittwoch habe ich jedenfalls ohne Komplikationen überstanden und möchte dem tollen Team im Hamelner Sana-Klinikum deshalb an dieser Stelle schonmal einen ganz herzlichen Dank aussprechen. Ich bin jetzt mit einem Vakuped-Schuh unterwegs, in meiner Mobilität damit zwar ein wenig eingeschränkt, aber keineswegs weniger aktiv. Ich nehme die Verletzung jetzt als Ansporn, bin weiter voller Tatendrang und werde mich auch von dieser temporären Einschränkung definitiv nicht aus der Bahn werfen lassen.

Herzliche Grüße
Euer Johannes

FRAKTION-VOR-ORT-VERANSTALTUNG ZUM DEUTSCH-RUSSISCHEN VERHÄLTNISS BEI CHRISTOPH MATSCHIE IN JENA

Unser Verhältnis zu Russland ist seit einiger Zeit von starken Spannungen geprägt. Der schwelende Krieg in der Ostukraine, Putins Einsatz für Assad in Syrien, die Stationierung neuer Atomwaffen oder zuletzt die Vergiftung des Kremlkritikers Nawalny sorgen für große politische Auseinandersetzungen. Neben den Schwierigkeiten gibt es im deutsch-russischen Verhältnis auch Chancen und ganz viel Unverzichtbares. Geografisch ist und bleibt Russland ein Nachbar der Europäischen Union. Deshalb ist für die SPD klar: wir wollen langfristig mit Russland eine möglichst gute und konstruktive Nachbarschaft.

Mein Kollege Christoph Matschie hatte mich im Rahmen der Reihe "Fraktion vor Ort" der SPD-Fraktion im Bundestag zu sich nach Jena eingeladen, um mit ihm und vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern im großen Saal des Historischen Rathauses von Jena über die Erfahrungen in der deutsch-russischen Zusammenarbeit zu berichten. Im vergangenen Jahr waren Christoph und ich zu gemeinsamen Gesprächen in Moskau und Ekaterinburg und haben natürlich auch darüber berichtet. Da mehr als die Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmern ebenfalls schon selbst in Russland war, gab es eine Diskussion mit reichlich Substanz. Ich habe u.a. auch von meiner guten Kooperation mit russischen Kolleginnen und Kollegen im Rahmen der Ostsee-Parlamentarierkonferenz berichtet und die Chancen in der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit besonders betont. Darauf müssen wir in Zukunft weiter bauen - gerade angesichts der großen aktuellen Themen wie Nord Stream 2, Belarus, der kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Armenien und Aserbaidschan oder dem Anschlag auf Alexei Nawalny.

VIELEN DANK an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Jena für die spannenden Fragen und die tolle Diskussion. Und auch an das Team von Christoph Matschie für die tolle Vorbereitung und für die ausgezeichnete Moderation.

Büro Hameln	**Büro Holzminden**	**Büro Berlin**
Heiliggeiststraße 2	Obere Str. 44	Platz der Republik 1
31785 Hameln	37603 Holzminden	11011 Berlin
05151 107 33 99	05531 5030	030 227 77295
johannes.schraps.wk@bundestag.de		johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:
Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Autoren: Heike Beckord, Alexandra Bruns, Philipp Klein, Dr. Irina Knyazeva, Jan-Eric Sauer, Eva Zimmermann